

Gelsenkirchen, den 23.08.2006

Gelsenkirchener Grüne für ein emanzipatorisches Sozialstaatsmodell – das bedingungslose Grundeinkommen

Die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen in Gelsenkirchen spricht sich mit dem heutigen Beschluss für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens aus und schließt sich hiermit dem Mehrheitsbeschluss des Bundesverbandes der GRÜNEN JUGEND an. Wir werden zudem in nächster Zeit die Gründung eines Gelsenkirchener Netzwerkes Grundeinkommen/Grundsicherung vorantreiben.

Wir gehen aufgrund eines sich ständig weiter vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum abkoppelnden Produktivitätsfortschritts und der damit einhergehenden zunehmenden Kapitalintensität pro Arbeitsplatz sowie der im Rahmen der Globalisierung sich ausweitenden internationalen Arbeitsteilung und sich stetig verschärfenden Arbeitsplatzkonkurrenz nicht mehr davon aus, dass das Ziel der Vollbeschäftigung in der Zukunft noch erreicht werden kann. Überdies halten wir die zunehmend zu beobachtende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, McJobs und die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit für eine im Rahmen des herkömmlichen Sozialstaatsmodells nicht mehr zu bewältigende Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen.

Die soziale Spaltung und die damit einhergehende Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung von gesellschaftlicher Teilhabe ist keine Gefahr der Zukunft mehr sondern findet längst statt.

Darum setzen wir dem sich im Rahmen der Verschärfung der Hartz-Gesetze zunehmend repressiven Charakter einer sich herrschaftlich und kontrollierend organisierenden Sozialstaatsverwaltung unsere Vorstellung eines ermutigenden, weil emanzipatorischen, neuen Sozialstaates entgegen, der jenseits eines bereits diskutierten „Arbeitszwangs“ auf die Würde und das ökonomische Selbstbestimmungsrecht jedes einzelnen Menschen zielt.

Das bedingungslose Grundeinkommen sollte allen BürgerInnen individuell und garantiert zustehen. Es muss oberhalb der Armutsgrenze liegen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Auf eine Gegenleistung und Bedürftigkeitsprüfung wird dabei verzichtet.

Zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens sollten alle Möglichkeiten eines Abbaus von unsinnigen Subventionen, einer Erhöhung der Steuerlastquote durch größere Einnahmen aus Konsumsteuern, der Umschichtung von individuell ausgezahlten Sozialleistungen, wie BAföG, Kindergeld oder Arbeitslosengeld, sowie eines hieraus folgenden radikalen Bürokratieabbaus herangezogen und geprüft werden.

Die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen in Gelsenkirchen fordert hiermit den Kreisverbandsvorstand sowie die für die unterschiedlichen Parteigremien gewählten Vertreter des Kreisverbandes auf, sich im Sinne der Beschlusslage aktiv für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens einzusetzen und einen entsprechenden Diskussionsprozess innerparteilich anzustoßen.

Beschlossen von den Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen, Gelsenkirchen auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes am 23.08.2006

Kontakt und Netzwerknüpfung: Robert Zion, Beckeradstr. 3, 45897 Gelsenkirchen, Tel: 0209-3187462, zion@robert-zion.de
--